

Verseuchtes Grundwasser in Hainholz

Das Grundwasser unter mehreren Hainhölzer Kleingartenkolonien ist mit einem krebserregenden Giftstoff verseucht. Verursacher ist wahrscheinlich ein ehemaliger Metallbetrieb. Die betroffenen Kleingärtner zeigen sich verunsichert, auch weil die Region Hannover ihrer Informationspflicht nur ungenügend nachgekommen ist und die verantwortliche Firma bisher nicht zur Verantwortung gezogen wurde.

❖❖❖ S. 4

Ein Jahr linke Kommunalpolitik

Seit einem Jahr vertreten unsere Fraktionen jetzt eine konsequent linke Politik in den kommunalen Parlamenten der Region. Anlass für DIE LINKE in Hannover, auf einer öffentlichen Konferenz Bilanz zu ziehen. Im Mittelpunkt standen die Themen Arbeit, Bildung und Umwelt. ❖❖❖ S. 5

Rot-Grün gegen Schulhilfefonds

Nach der Einführung von Hartz IV reicht bei vielen betroffenen Kindern und Jugendlichen das Geld nicht mehr für den Kauf von Schulmaterialien. DIE LINKE fordert deshalb gemeinsam mit dem DGB die Einrichtung eines kommunalen Schulhilfefonds. Die rot-grüne Koalition im Rathaus aber stimmte dagegen. ❖❖❖ S. 7

Roter Faden

**ZEITUNG DER FRAKTIONEN DIE LINKE IM RAT DER LANDESHAUPTSTADT
UND IN DER REGIONSVERSAMMLUNG HANNOVER**

DIE LINKE.
FRAKTIONEN IN RAT UND REGIONSVERSAMMLUNG

AUSGABE #03|2007

Liebe Leserin, lieber Leser,



Sie halten den neuen Roten Faden in den Händen. Wie immer enthält er Neues über die Aktivitäten der LINKEN in den kommunalen Parlamenten der Region Hannover. Zunächst: Unser Namen hat sich geändert, aber nicht der Inhalt. Die Rats- und die Regionsfraktion des bisherigen LINKSBÜNDNISSES haben sich kürzlich in DIE LINKE umbenannt. Das ist ein folgerichtiger Schritt nach der Gründung der bundesweiten neuen linken Partei.

Die Regionsfraktion hat sich im vergangenen Jahr zur linken Kraft in der Regionsversammlung entwickelt. Vor allem, wenn es um die Kernthemen der Region, Verkehr, Soziales, Wirtschaftsförderung und Abfallwirtschaft geht, ist sie die einzige, die Widerspruch erhebt und Kontroversen initiiert. Dabei hat die Fraktion einiges bewirkt: Das 2-Zonen-Ticket für die Schülerinnen und Schüler der Humboldtschule bleibt erhalten. SPD und

Grüne kündigen jetzt endlich die Einführung eines Sozialtickets an, eine Forderung, die im Zentrum unseres Wahlkampfs stand, und die wir von Beginn an vertreten haben. Mit ver.di zusammen hat DIE LINKE als einzige Partei im Regionsparlament gegen die Nacht- und Nebelaktion zum Verkauf der regionseigenen Pflegeheime mobilisiert – hier leider ohne Erfolg. Aufgrund der von uns aufgedeckten verschleiernenden Informationspolitik bei der Müllverbrennung musste der verantwortliche leitende Angestellte seinen Hut nehmen.

Auch der Ratsfraktion ist es gelungen, sich als die linke Kraft im Rat der Landeshauptstadt zu positionieren. Neben kompetenter und sachlicher Arbeit in den Ausschüssen gelingt dies insbesondere durch die Unterstützung von fortschrittlichen Aktivitäten im zivilgesellschaftlichen Raum. Beispielhaft genannt seien an dieser Stelle die Initiative für eine weitere Gesamtschule (IGS) in Hannover und die aktive Mitarbeit im Vorfeld der antifaschistischen Demonstration gegen die NPD. Besonders hervorzuheben ist der Beschluss des Rates, der „Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus“ beizutreten, der auf Initiative unserer Fraktion zustande kam.

Auf große Zustimmung können auch unsere Bezirksräte und Mitglieder in den Räten der Umlandgemeinden bauen: Eine Vielzahl ihrer Anträge wurde angenommen oder von den anderen Parteien übernommen.

DIE LINKE unterstützt fortschrittliche zivilgesellschaftliche Initiativen und trägt deren Inhalte in die kommunalen Parlamente. Vielen dieser Forderungen können sich SPD und Grüne nicht oder nur mit großen Bauchschmerzen entgegenstellen. Und selbst wenn sie unsere Anträge zunächst ablehnen und ein paar Monate später als ihre eigenen einbringen und beschließen, haben wir in der Sache einiges erreicht.

Ziel der LINKEN ist es dabei, gesellschaftliche Mehrheiten und perspektivisch auch parlamentarische Mehrheiten für linke demokratisch-sozialistische Politik zu schaffen. Wir vertrösten die Menschen nicht mit jenseitigen Heilsversprechen, sondern zeigen gesellschaftliche Optionen im hier und jetzt auf. Damit geben wir nicht unseren Anspruch auf, eine bessere, sozialistische Gesellschaft zu erreichen. Aber wir wissen, dass das ein weiter Weg ist.

Auf kommunaler und regionaler Ebene wollen wir auf der Grundlage unseres Wahlprogramms ein Leitbild, eine konkrete Utopie entwickeln. Teilen Sie uns Ihre Ideen dazu mit.

Ihr Stefan Müller

Fraktionsvorsitzender DIE LINKE in der Regionsversammlung

PREISWERTE FAHRSCHEINE FÜR HARTZ-IV-EMPFÄNGER

Jahrelang haben SPD und Grüne in der Regionsversammlung preiswerte Bus- und Bahn-Tickets für Menschen mit wenig Geld abgelehnt. Jetzt soll das Sozialticket aber kommen.

■ „Wir fordern das seit Jahren und haben es seinerzeit zum Thema gemacht“, kommentiert Stefan Müller, Fraktionsvorsitzender der Linken. „Die Regionsverwaltung beschäftigt sich seit zwei Jahren nur deshalb mit dem Sozialticket, weil ihr DIE LINKE im Nacken sitzt. Der Sozialtarif ist überfällig. Viele Menschen können die teuren Bus- und Bahn-Fahrscheine nicht mehr bezahlen.“ Noch zu Beginn dieses Jahres hatten SPD und Grüne einen Antrag der Linken abgelehnt, den preiswerten Fahrschein einzuführen.

Wer soll vom Sozialticket profitieren? —

Nicht nur Arbeitslose, sondern auch Empfänger von Grundsicherung im Alter. Auch Menschen mit schlecht bezahlten Jobs und geringem Einkommen sollen in den Genuss des Tickets kommen, wenn sie zum Leben zusätzlich Hartz IV-Geld brauchen (siehe Kasten). Das sind in der Region Hannover zusammen über 100.000 in Armut Lebende.

Wie viel soll der Solifahrschein kosten? —

Ist bisher unklar – auch, ob das Sozialticket nur als Einzelfahrschein oder auch als Monatskarte zu haben ist. DIE LINKE fordert 1,10 Euro für ein Einzelticket und rund 18 Euro bis 20 Euro für eine Monatskarte. Das entspricht dem Arbeitslosengeld II-Regel-



DIE LINKE plant eine Veranstaltung zum Thema (siehe Kasten S. 6).

satz, der für Bus- und Bahn-Fahrten monatlich zur Verfügung steht.

Wer das Sozialticket nutzen darf

- BezieherInnen von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II. Dazu gehören Empfänger von Arbeitslosengeld II und Menschen mit schlecht bezahlten Jobs.
- BezieherInnen von Leistungen nach SGB XII. Gemeint sind Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie Sozialhilfeempfänger.
- BezieherInnen von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

ZOO ZOCKT BEI EINTRITTSPREISEN AB

Der hannoversche Zoo hat die dritthöchsten Eintrittspreise in Europa. Selbst die bekanntesten Zoos in Deutschland liegen deutlich darunter (siehe Tabelle).

Familien mit wenig Geld können sich einen Besuch so nicht mehr leisten. Das Nachsehen haben vor allem die Kinder, weil ihnen die Eltern auch keinen Urlaub ermöglichen können. DIE LINKE in der Regionsversammlung

Zoo	Erwachsene	Kinder/Jugendliche
Hannover	18,80 €	12,80 €
Berliner Zoo	11,00 €	5,50 €
Hagenbeck, Hamburg	15,00 €	10,00 €

will das ändern und beantragte deshalb, dass Kinder und Jugendliche aus der Region im Zoo freien Eintritt erhalten. Da so nicht nur mehr Kinder, sondern auch mehr Eltern

den Zoo besuchen werden, gehen die Einnahmen wahrscheinlich kaum zurück.

Die Samtgemeinde Oberharz weiß, wie wichtig frei zugängliche öffentliche Einrichtungen

sind: Kinder und Jugendliche aus der Samtgemeinde haben beim Besuch des Oberharzer Bergwerksmuseums in Clausthal-Zellerfeld freien Eintritt.



Für Familien mit wenig Geld ist der Zoobesuch in Hannover unerschwinglich. DIE LINKE fordert freien Eintritt für Kinder und Jugendliche, die in der Region Hannover wohnen.

Was sagen die Grünen zum Thema?

Serdar Saris, Fraktionsvorsitzender der Grünen in der Regionsversammlung:

„Hartz IV-Empfänger sollten einmal im Monat auf eine Packung Zigaretten verzichten.“

Ob Saris damit meint, dass dann Hartz IV-Empfänger nach einem Jahr ihrem Kind eine Jahreskarte für den Zoo kaufen können?

NAHVERKEHRSPLANENTWURF: LICHT UND SCHATTEN

DIE LINKE sieht im jetzt vorgelegten Nahverkehrsplanentwurf mutige und zukunftsweisende Projekte formuliert.

Weihnachten auch für Hartz-IV-Empfänger?

Diese Frage stellen sich zurzeit Betroffene in Burgdorf – denn das LINKSBÜNDNIS im Stadtrat hat beantragt, dieses Jahr jedem ALG 2-Empfänger zu Weihnachten 80 Euro zu zahlen.

Diese Beihilfe gab es früher bereits einmal, mit den Hartz-Gesetzen wurde sie abgeschafft. Seitdem ist Weihnachten für ALG 2- und Sozialhilfe-Empfänger passé. Da sich die Stadt Burgdorf über unerwartete Steuereinnahmen freuen kann, ist der soziale Obolus locker bezahlbar. Die Kosten liegen bei knapp 70.000 Euro. Ob die etablierten Parteien dieses Geld übrig haben, ist allerdings fraglich, da sie viele Millionen in ein neues Gewerbegebiet stecken wollen. Allein der Kauf des Grundstücks schlägt mit mehreren Millionen zu Buche. So bleiben selbst kleine soziale Gesten schnell auf der Strecke.

Mit der Prüfung oberirdischer Stadtbahnstrecken im innerstädtischen Bereich wird der weltweite Trend der Renaissance der Straßenbahn endlich auch in Hannover aufgegriffen. Konkret soll geprüft werden, ob die östliche Südstadt über Berliner Allee und Sallstraße erschlossen werden kann. Außerdem wird über eine Verbindung zwischen Thielenplatz und Zoo über den Emmichplatz nachgedacht. Letztgenannte Variante wurde bereits vor Jahren von Umwelt- und Verkehrsinitiativen unter dem Begriff „Trick 17“ ins Gespräch gebracht. Damit ließen sich die laufenden Betriebskosten deutlich senken, da zwei kurze Stadtbahnlinien (11 und 17) zu einer langen zusammengefasst, und im Busbereich deutlich Kilometer eingespart werden könnten.

Der verkehrspolitische Sprecher der LINKEN, Stefan Müller, warnt jedoch vor einem teuren D-Tunnel in die Südstadt. Dadurch könnte die Stabilität der Dichtwand, die den vergifteten Untergrund des ehemaligen Kertessgeländes abschottet, in ihrer Stabilität gefährdet werden. Außerdem kritisiert

Müller den Marketing- und Finanzteil des Nahverkehrsplans: Möglichen Einschränkungen bei den Stammkunden des Öffentlichen Personennahverkehrs, wie die Reduzierung der Rabattierungen bei Abos oder eine noch stärkere Elternbeteiligung für Schülerinnen und Schüler verweigert DIE LINKE ihre Zustimmung. Bei der Infrastrukturfinanzierung wirkt die neoliberale Ideologie sogar noch weiter: Infrastrukturprojekte, wie Brückenbauten, sollen danach durch Public Private Partnership finanziert werden. Stefan Müller dazu: „Private steigen da nur ein, wenn sie kurzfristig eine Rendite erzielen. Das geht immer auf Kosten der öffentlichen Hand.“



VERSEUCHTES GRUNDWASSER BEUNRUHIGT HAINHÖLZER KLEINGÄRTNER

In mehreren Hainhölzer Kleingartenkolonien sind die Brunnen mit krebserregenden Giftstoffen belastet. Etwa 50 besorgte Kleingärtner besuchten deshalb Ende September eine Veranstaltung der LINKEN im Kleingartenverein Hainholz e.V. Dort informierte der linke Regionsabgeordnete und Diplomchemiker Dr. Michael Braedt über mögliche Folgen der Verseuchung und die rechtlichen Hintergründe.

■ In einem breiten Streifen von der Voltmerstraße bis zum Mittellandkanal ist das Grundwasser mit Vinylchlorid bis zu 270 Mikrogramm pro Liter belastet – der Grenzwert liegt bei 0,5 Mikrogramm. Vinylchlorid führt zu Schädigungen von Leber, Speiseröhre, Milz und Haut und ist als krebserregend eingestuft. Die gefährliche Chemikalie ist ein Abbauprodukt des bei der Metallverarbeitung in der ehemaligen Sorst-Fabrik freigesetzten Entfettungsmittel TRI (Trichloräthylen), dessen Benutzung aus gesundheitlichen Gründen seit Jahren verboten ist. Rechtsnachfolger der inzwischen nicht mehr existenten Firma Sorst ist die Metallfirma Mevaco, die laut Bodenschutzgesetz auch für die Sanierung dieser Altlast zustän-

dig wäre. Die betroffenen Kleingärtner wurden von der Region bisher nicht ausreichend informiert. Sie erhielten zwar ein Schreiben, dass das Wasser ihrer Brunnen nicht zum Trinken geeignet ist, sie damit aber durchaus ihr Gemüse gießen könnten, da Vinylchlorid an der Luft verdunsten würde. Niemand hat aber bisher Informationen darüber erhalten, auf welche anderen Giftstoffe überhaupt geprüft wurde, die sich möglicherweise in den Pflanzen anreichern könnten, und welche Brunnen im Einzelnen betroffen sind. Denn die Ausbreitung des verseuchten Grundwassers kann durchaus, wie bei einem See an der Erdoberfläche, in unregelmäßigen Ausbuchtungen erfolgen.



Dr. Michael Braedt im Kleingartenverein Hainholz e.V.

Der Bezirksrat Nord hat deshalb auf Anregung der LINKEN hin einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen verabschiedet, mit dem die Region aufgefordert wird, alle Brunnen im betroffenen Gebiet einzeln untersuchen zu lassen. Außerdem solle die Stadt die Versorgung der dort geduldeten fest Wohnenden mit Trinkwasser gewährleisten, denn als Besitzer der Grundstücke ist sie verantwortlich für den gesundheitlichen Schutz ihrer Pächter.

Sprachen sich im Bezirksrat Nord noch alle Parteien für diese Forderungen aus, stießen sie im Umweltausschuss der Stadt Hannover auf die einhellige Ablehnung aller Parteien außer der LINKEN. Anscheinend hat man dort Vertrauen zum Vorgehen der Region, unserer Ansicht nach zu Unrecht. So heißt es in einer Beantwortung einer Anfrage der LINKEN an die Regionsversammlung: „Es ist vorgesehen, die Firma Mevaco aufzufordern, durch einen Gutachter Umfang und Ausdehnung der Grundwasserverunreinigung auch außerhalb des ehemaligen Betriebsgrundstücks genau erkunden sowie eine Sanierungsuntersuchung vornehmen zu lassen.“ Geschehen ist das bisher nicht – wir bleiben dran!

LEIPZIGER LINKSFRAKTION BESUCHT HANNOVER

DIE LINKE sorgt auch in Hannover für einen fruchtbaren Erfahrungsaustausch zwischen Ost und West: Auf Einladung unserer Ratsfraktion und der Regionsfraktion besuchte eine Delegation der 19-köpfigen Linksfraktion aus dem Stadtrat der Partnerstadt Leipzig die niedersächsische Landeshauptstadt.

■ Die Lokalpolitiker diskutierten aktuelle Themen, wie in Leipzig bereits vollzogene und in Hannover anstehende Schulschließungen, die Wohnsituation unter Hartz IV und die Einführung eines Sozialtickets. Die Privatisierung öffentlichen Eigentums stand dabei im Zentrum der Diskussion, denn

die Stadt Leipzig plant unter anderem den Verkauf von maßgeblichen Anteilen der Stadtwerke. Die Leipziger LINKE unterstützt dagegen das Bürgerbegehren „Stoppt den Ausverkauf unserer Stadt“.



OB Stephan Weil übergibt der Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Leipziger Stadtrat, Dr. Ilse Lauter, ein Gastgeschenk

Die Politiker aus Ost und West stellten viele ähnliche Problemlagen in den beiden etwa gleich großen Messestädten fest. Im Gegensatz aber zu Hannover, wo eine rot-grüne Koalition im Alleingang die Stadtpolitik bestimmt, wird in Leipzig mit wechselnden Mehrheiten der nahezu gleich großen Fraktionen von CDU, SPD und LINKEN regiert. Eine Konstellation, die Hannovers Oberbürgermeister Stephan Weil nicht gefallen würde, wie er auf einem Empfang im Rathaus bekannte. Das Treffen von Ost- und Westlinken lobte der Oberbürgermeister jedoch als ein nachahmenswertes Beispiel für die Städtepartnerschaft zwischen Leipzig und Hannover.

EIN JAHR LINKE KOMMUNALPOLITIK

Seit gut einem Jahr ist DIE LINKE jetzt in den kommunalen Parlamenten in und um Hannover vertreten. Anlass für eine öffentliche Konferenz, auf der unsere Abgeordneten mit Gästen aus Gesellschaft und Politik eine Bilanz ihrer Tätigkeit gezogen haben. In drei Gesprächsrunden diskutierten sie die Themen Bildung, Soziales und Umwelt.

Bildung statt Ausgrenzung

■ In der ersten Runde zur Bildungspolitik sprach Irmela Weinhardt von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und Vertreterin der Lehrkräfte im Schulausschuss von einer „Flucht aus der Sackgasse Hauptschule“. Gemeinsam mit Michael Höntsch, dem Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Rat, kritisierte sie die geplanten Schulschlie-



Garnet Eichholz,
Vorsitzende Stadtelternrat Hannover

Bungen in Hannover als „Schnellschuss“. „Es wurden zu viele Schüler ohne entsprechende Empfehlung an den Gymnasien angemeldet“, berichtete Höntsch von seinen eigenen Erfahrungen als Studienrat. „Viele werden den geforderten Leistungen leider nicht entsprechen können und früher oder später die Schulform wechseln müssen.“ Eben deshalb müsse man noch mindestens ein Jahr mit der Schulreform warten, ergänzte Irmela Weinhardt, dann erst wüsste man, wie viele „Rückläufer“ es geben werde. Statt der von Eltern und Schülern ungeliebten Haupt- und Realschulen brauche Hannover zwei weitere Integrierte Gesamtschulen, waren sich Weinhardt und Höntsch einig. Die Vorsitzende des Stadtelternrates, Garnet Eichholz, schlug konkret vor, die Hauptschule und die Realschule Kronsberg aufzulösen und sie der dortigen Integrierten Gesamtschule zuzuschlagen. Abschließend freute sich Mi-

chael Höntsch, dass die Proteste gegen die Schließung der Grundschule am Goetheplatz gewirkt haben und betonte: „Wir werden der Schulstrukturreform nicht zustimmen. Statt Schulschließungen brauchen wir kleinere Klassen.“

Arbeit in Würde statt Ein-Euro-Jobs ...

■ ... lautete das zweite Thema des Tages. Denn Ein-Euro-Jobs fördern nicht nur das Lohndumping und sind wegen der miesen Bezahlung für die Betroffenen entwürdigend. Diese „Unjobs“ sind auch alles andere als billig, jeder kostet die Region Hannover rund 1.400 Euro. Dieses Geld wäre sinnvoller einzusetzen. Der linke Landtagsabgeordnete Helmut Holter, ehemaliger Arbeitsminister von Mecklenburg-Vorpommern, berichtete vom öffentlich geförderten Beschäftigungs-



Helmut Holter,
MdL Mecklenburg-Vorpommern

sektor, den DIE LINKE im nordöstlichen Bundesland durchgesetzt hat. „Das sind sinnstiftende, langfristig angelegte und vernünftig bezahlte Arbeitsplätze.“ Die 2.000 Stellen verteilen sich auf 260 Projekte. Sie reichen von neuen touristischen Angeboten über Kinderbetreuung bis hin zur Produktion von neuartigem Dämmmaterial, das aus angeschwemmtem Seegras hergestellt wird. „Diese Arbeiten helfen nicht nur den Arbeitslosen, sondern erfüllen auch wichtige gesellschaftliche Funktionen“, betonte Holter. „Nach anfänglichen Widerständen zog auch die Wirtschaft mit.“

Jörn Jan Leidecker, Mitglied der Regionsfraktion und Vorsitzender des Kreisverbandes der LINKEN, berichtete von Plänen aus Hannover für ein soziales Kaufhaus, um knapp 20 tariflich bezahlte Arbeitsplätze zu schaffen. Die Kosten dafür sollen bei etwa 80.000 Euro liegen. Leidecker bemängelte,

dass den etablierten Parteien die Alaska-Landschaft „Yukon Bay“ im Zoo dagegen 30 Mio. Euro Wert sei. „Mit diesem Geld könnte die Region Hannover viele attraktive Arbeitsplätze schaffen.“ Im Raum Hannover müssen knapp 40.000 Menschen von Hartz IV leben. Da sie fast alle nichts vom Aufschwung haben, fordert die Linksfraktion in der Regionsversammlung einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor auch in der Region Hannover.

Verkehrswende einleiten – Altlasten sanieren

■ Die dritte Runde beschäftigte sich mit der Verkehrs- und Umweltpolitik. „Ich halte eine Verkehrswende für dringend nötig, um den Feinstaub, die Lärmbelastung und Verkehrsunfälle nicht nur mit Kindern weitgehend zu vermeiden“, sagte Stefan Müller, Fraktionsvorsitzender der LINKEN in der Regionsversammlung. Als Vorbild nannte er die Stadt Zürich, dort werde nur rund ein Viertel der Verkehrsleistung mit dem Auto bewältigt. Außerdem kritisierte Müller den Nahverkehrsplan der Region, weil dort die Wirtschaft Vorrang genieße und nicht etwa Ökologie und Kundenfreundlichkeit. Immerhin trete jetzt auch Rot-Grün für das schon lange von den LINKEN geforderte Sozialticket ein. Der Regionsabgeordnete Dr. Michael Braedt benannte die Problemlagen in der Umweltpolitik der Region. Dazu gehöre die immer wieder negativ in die Schlagzeilen geratene Müllverbrennungsanlage in Lahe, hier vertrete allein DIE LINKE zusammen mit dem CDU-Bürgermeister von Isernhagen eine kritische Position. Bei der Sanierung von Altlasten im Grundwasser und im Boden werde fast gar nichts gemacht, wirft Braedt den Verantwortlichen bei der Region vor. „Das wird den Leuten auf die Füße fallen.“ Jüngstes Beispiel dafür sei die Verseuchung des Hainhölzer Grundwassers. Der linke Ratsherr Jeremy Krstic schließlich nannte die Möglichkeiten der Stadt Hannover, umweltpolitisch Einfluss zu nehmen, beispielsweise durch die Einrichtung der Umweltzone, Auflagen zur Niedrigenergiebauweise bei Bebauungsplänen oder Zuschüsse für den Bau von Passivhäusern und ökologischen Siedlungen. Die bestehenden Programme müssten hier konsequenter durchgesetzt werden.

LINKE POLITIK IN DEN BEZIRKSRÄTEN

■ Alter Kämpfer im Bezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt

Unser Bezirksratherr in den westlichen Stadtteilen Hannovers ist bekannt als Antifaschist und aktiver Gewerkschafter. Siggie Seidel setzt sich für die Gedenkstättenarbeit für



das jüdische Mahnmal in Ahlem ein und hat jüngst die Umbenennung der Lettow-Vorbeck-Allee in Badenstedt angeregt. Paul von Lettow-Vorbeck war zu Anfang des 20. Jahrhunderts Kommandeur der deutschen Truppen in Deutsch-Südwest-Afrika und führte ein Kommando bei der Niederschlagung der Aufstände der Nama und Herero. Unter seinem Kommando wurden zahlreiche Kriegsverbrechen begangen. Außerdem beteiligte sich Lettow-Vorbeck im Jahr 1920 am so genannten Kapp-Putsch gegen die Weimarer Republik. Inzwischen haben SPD und Grüne im Bezirksrat die Initiative des linken Kommunalpolitikers aufgegriffen und einen eigenen Antrag zur Umbenennung der Lettow-Vorbeck-Allee gestellt. Mehrere alternative Namensvorschläge sind in der Diskussion.

Der 43-jährige Familienvater Siggie Seidel protestierte gemeinsam mit Eltern, Lehrern und Schülern gegen die Verlegung des Schulzentrums Ahlem in die Tegtmeyerallee. „Das Schulzentrum ist von den Räumlichkeiten wesentlich besser geeignet, Haupt- und Realschule zu beherbergen, als die Außenstelle in der Tegtmeyerallee. Außerdem könnte es in eine IGS umgewandelt werden“, betont Seidel. Im Bezirksrat hat er zudem eine Befragung von Jugendlichen über ihre Wünsche zu Freizeitaktivitäten im Stadtteil durchgesetzt. Seidel arbeitet als Landschaftsgärtner bei der Üstra und ist dort 2. Sprecher der Vertrauensleute. Bei der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di ist er unter anderem im Vorstand des Fachbereichs Verkehr. In seiner, aufgrund des vielfältigen politischen Engagements, spärlich bemessenen Freizeit moderiert er die Musiksendung „Blue Beat in my Soul“ bei radio flora.

www.die-linke-hannover-west.de

■ Neue Fraktion im Bezirksrat Nord

Die Bezirksratsherren Thomas Grote und Fares Rahabi haben im Bezirksrat Nord die neue Fraktion DIE LINKE ins Leben gerufen.

Der 31-jährige Student der Sozialwissenschaften

Fares Rahabi ist Nachrücker für Silke Kuiper, die nicht mehr im Stadtbezirk Nord wohnt und deshalb ihr Mandat abgegeben hat. Den Fraktionsvorsitz übernimmt Thomas Grote.

DIE LINKE kümmert sich in den Stadtteilen Hainholz, Vinnhorst und Nordstadt unter anderem um das verseuchte Grundwasser in Hainhölzer Kleingärten, den geplanten Umzug des Kulturtreffs Hainholz und die unsichere Zukunft des alternativen Wohnprojektes „Baukasten“ in der Nordstadt.

■ Skateboardanlage für Kleefeld

Der Stadtbezirksrat Buchholz-Kleefeld spricht sich für die Einrichtung einer Skateboardanlage im Stadtteil Kleefeld aus. Laut einem entsprechenden Beschluss soll die Stadt Hannover jetzt prüfen, ob an der Lathusenstraße Ecke Bomhauerstraße auf einer städtischen Brachfläche hinter dem Lidl-Parkplatz eine Skateboardanlage gebaut werden kann. Der Parkplatz wird schon jetzt von der Skaterszene genutzt. Der linke Bezirksratherr Karsten Plotzki meint dazu: „Hier ist der ideale Platz um den sportlichen Wünschen der Kinder und Jugendlichen gerecht zu werden. Kinder brauchen Bewegung – das baut Aggressionen und Übergewicht ab.“

■ Für ein Stadtteilzentrum Südstadt

Bürgerinnen und Bürger und DIE LINKE kämpfen weiter für ein Stadtteilzentrum in der Südstadt. Der linke Bezirksratherr Roland Schmitz-Justen stellte im Bezirksrat Südstadt-Bult einen Antrag, mit dem die Verwaltung aufgefordert wird, im Haushaltsplan

50.000 Euro zur Planung eines Stadtteilzentrums einzustellen. Auf Wunsch von SPD und Grünen wurde dieser Antrag in einen Interfraktionellen Antrag umgewandelt und einstimmig vom Bezirksrat angenommen. DIE LINKE im Rat der Landeshauptstadt hat diesen Antrag übernommen und wird ihn auch dort zur Abstimmung bringen. „Jetzt bleibt abzuwarten, wie die Parteien im Rat und die Verwaltung darauf reagieren werden“, kommentiert Schmitz-Justen seinen Erfolg.

■ Autostandort auf Hanomag belastet Ricklinger Anwohner

„Das von der DIBAG Industriebau AG geplante Autozentrum auf dem ehemaligen Hanomag-Gelände mit Waschanlage und einer Autohalle wird die Anwohner in Ricklingen zusätzlich mit Abgasen, Lärm und Feinstaub belasten“, warnt der linke Bezirksratherr Sven Steuer. Die DIBAG gebe dafür ein Mehraufkommen von 3.000 PKW täglich an, die, wie aus den Plänen zu ersehen, zum Großteil über die Friedrich-Ebert-Straße fahren. Da das Bauprojekt im Stadtbezirk Linden-Limmer entsteht, habe der Bezirksrat Ricklingen keinerlei Mitspracherechte, obwohl die Friedrich-Ebert-Straße zu Ricklingen gehört. „Ich werde mich dafür einsetzen, dass auch die Anwohner der jetzt schon massiv vom Autoverkehr belasteten Friedrich-Ebert-Straße ihre Interessen zum Ausdruck bringen können“, betont Sven Steuer.

Das Berliner Sozialticket: Modell für Hannover?

Mit dieser Veranstaltung möchte DIE LINKE in der Regionsversammlung den Solifahrtschein im Sinne der Betroffenen offensiv in der Öffentlichkeit begleiten – denn in Berlin gibt es das Sozialticket bereits.

Wieviel es dort kostet, wer es erwerben kann, und welche Schlüsse daraus für Hannover zu ziehen sind – über diese und andere Fragen informiert **Ines Heuer-Sehlmann**, persönliche Referentin der Berliner Staatssekretärin für Integration und Soziales am **Mittwoch, 5. Dezember**. Ort: **Regionshaus, altes Gebäude, Hildesheimer Straße 20, Raum 62**, Zeit: **19 Uhr bis 21 Uhr**.

ROT-GRÜN STIMMT GEGEN SCHULHILFEFONDS

Auf einer Sitzung des Schulausschusses haben die Vertreter von SPD und Grünen es abgelehnt, die Einrichtung eines Schulhilfefonds in Hannover auch nur zu prüfen.

■ Mit sieben zu sieben Stimmen bei einer Enthaltung fiel die Abstimmung über den Antrag der LINKEN denkbar knapp aus. Die CDU sowie die Vertreter von Eltern, Lehrern und Schülern stimmten dem Antrag zu, der FDP-Ratsherr enthielt sich. „Ein Schulhilfefonds wurde bereits in mehreren Städten der Region Hannover eingefordert, und es läuft zurzeit eine DGB-Kampagne dafür“, betonte Michael Höntsch, Vorsitzender der Linksfraktion, bei der Einbringung des Antrags. Auch Heinz

Hilgers, Präsident des Deutschen Kinder- und Jugendbundes und Bürgermeister von Dornum, habe sich für einen Schulhilfefonds ausgesprochen. Die grüne Ratsfrau Regine Kramarek lehnte die Prüfung eines Schul-

hilfefonds dagegen mit der Begründung ab, dass die Stadt nicht dafür zuständig sei. Dasselbe Argument brachte SPD-Ratsherr Michael Klie. Er gehe davon aus, dass die Region Hannover hier eine positive Entscheidung treffen werde. Aus dem Fonds für bedürftige Schüler sollen die Kosten für Schulsachen wie Ranzen, Füller, Hefte und Turnbeutel erstattet werden. Den Eltern von Schulkindern entstehen Kosten, die im Hartz-IV-Satz von monatlich 208 € für Kinder bis 14 Jahre nicht vorgesehen sind: Schulsachen tauchen dort als Bedarf erst gar nicht auf. Für „Schreibwaren im Allgemeinen“ stehen dort lediglich 1,64 € zur Verfügung. Das reicht gerade mal für einen Bleistift und ein Radiergummi, aber schon nicht mehr für ein Päckchen Patronen oder Schreibhefte, Malblöcke, Pinsel und Bastelmaterial.



DIE LINKE demonstriert vor dem Rathaus für den Schulhilfefonds.

„Wir halten eine Summe von 100,- Euro im Jahr für angemessen“, sagt Michael Höntsch als Vater von drei Kindern und Gymnasiallehrer. „Es darf nicht sein, dass Armut aufgrund mangelnder Bildung von Generation zu Generation weitervererbt wird!“ Die Kommunen sollten deshalb als Schulträger Soforthilfen zur Verfügung stellen, bis höhere Leistungen auf Bundesebene oder Lernmittelfreiheit für sozial Schwache auf Landesebene durchgesetzt sind. Andere Städte haben bereits kommunale Schulbeihilfen eingeführt, darunter Oldenburg, Göttingen und München.

Schulhilfefonds: Burgdorfer SPD unter Zugzwang

Das Burgdorfer LINKSBÜNDNIS fordert, einen Schulfonds für bedürftige Kinder einzurichten, und greift damit eine Initiative des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) auf. Kinder aus armen Familien dürfen nicht zusätzlich benachteiligt werden, weil ihnen die nötigen Schulsachen fehlen. Seit Hartz IV reichen die Regelsätze für Schulmaterialien bei weitem nicht. Berechnungen gehen von rund 100 Euro pro Jahr und Schüler aus, die fehlen. Der Ratsantrag setzt das Mehrheitsbündnis aus SPD, Grünen und einer Wählergemeinschaft vor Ort unter Zugzwang: Kaum hatte ihn das LINKSBÜNDNIS gestellt, ermittelte die Verwaltung auf Anregung der SPD die Kosten und schrieb eine Vorlage, die zurzeit in den Ausschüssen beraten wird. Ob der Schulfonds tatsächlich kommt, ist noch unklar. Ein kleiner Erfolg steht allerdings bereits fest: DAS LINKSBÜNDNIS hat die Öffentlichkeit in Burgdorf auf das Thema aufmerksam gemacht.

Aus dem Fonds für bedürftige Schüler sollen die Kosten für Schulsachen wie Ranzen, Füller, Hefte und Turnbeutel erstattet werden.



Die Ratsfraktion dankt den PraktikantInnen **Danuta Peters, Karl Hans Knigge** und **Padam Baniya** für die engagierte Mitarbeit im Rahmen ihrer Ausbildung zum ehrenamtlichen Integrationslotsen.

HANNOVER DEMONSTRIERT GEGEN DIE NPD



Die hannoversche Bevölkerung hat am 15. September ein eindrucksvolles Zeichen gesetzt. Insgesamt 20.000 Menschen beteiligten sich an einer Demonstration gegen eine Veranstaltung der rechtsextremen NPD im Kongresszentrum und am anschließenden „Fest der Demokratie“ vor dem Rathaus.

■ Kurz nach Beginn der Kundgebung auf dem Opernplatz waren bereits 8.000 Menschen auf dem Opernplatz. Gewerkschaftsgruppen aus Stadt und Region, verschiedene Initiativen, SozialdemokratInnen und die Mitglieder des Kreisverbandes der LINKEN prägten ein buntes und kämpferisches Bild. „Nazis raus aus Hannover“, diese Forderung durchzog

alle Redebeiträge und wurde begeistert von den Menschen aufgenommen.

Nach den Ansprachen von Oberbürgermeister Stefan Weil, der Landesbischöfin Margot Käßmann und des Landtagspräsidenten Jürgen Gansäuer bewegte sich ein langer Demonstrationzug in Richtung Zooviertel. Zwischendurch ein Stopp und die Aufforderung der Polizei, vermeintliche Vermummung im antifaschistischen Block zu beenden. Offensichtlich setzte sich aber doch die Einsicht durch, dass bei strahlendem Sonnenschein gegen eine Sonnenbrille nichts einzuwenden ist. Angekommen am Kongresszentrum, wurden die DemonstrantInnen von mitreißender Klezmermusik empfangen. Der IG Metall-Landesvorsitzende Hartmut Meine verlangte

noch einmal nachdrücklich das Verbot der NPD. Es blieb der Sprecherin des Antifaschistischen Aktionsbündnisses Hannover, dem auch DIE LINKE Region Hannover angehört, vorbehalten, eindeutige und klare Worte an die Demonstranten zu richten. Sie machte deutlich, dass faschistisches Gedan-



kengut bereits in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist. Auch ein Grußwort der Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, Charlotte Knobloch, wurde auf der Abschlusskundgebung verlesen.

Den Nazis selbst gelang es, geschützt durch einen Kordon der Polizei, über einen Hintereingang den Veranstaltungsort zu erreichen. Der Gedanke sei erlaubt, dass ohne das große Polizeiaufgebot diese unerträgliche Veranstaltung nicht hätte stattfinden können.

Immerhin, die Mobilisierung war erfolgreich, seit Jahren hat es in der Landeshauptstadt keine so eindrucksvolle antifaschistische Demonstration gegeben. Jetzt kommt es darauf an, nicht nachzulassen. Den Reden müssen Taten folgen. Allen weiteren zukünftigen Aktivitäten der Rechtsradikalen im Landtagswahlkampf muss der breite Widerstand der Bevölkerung entgegengesetzt werden.

DIE LINKE wird in diesem Kampf allen Menschen guten Willens ein verlässlicher Bündnispartner sein. Die Ratsfraktion beteiligte sich auch an dem abschließenden Fest der Demokratie auf dem Trammplatz vor dem Rathaus.

Michael Höntsch, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Rat der Stadt Hannover

Impressum

Herausgeberinnen:

Fraktion DIE LINKE im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Leinstr. 16, 30159 Hannover

Tel.: 05 11 168 463-48, Fax: /-76

Email: heidrun.tannenberghannover-rat.de

Fraktion DIE LINKE in der Regionsversammlung Hannover

Hildesheimer Str. 20, 30169 Hannover

Tel.: 05 11 616 211-62, Fax: /-63

Email: kontakt@linksbuendnis-fraktion.region-hannover.de

Redaktion:

Oliver Förste, Michael Fleischmann

V.i.S.d.P.: Michael Höntsch